

## Rede Fridays For Future HDM Hauptversammlung 11.05.23

Was glaubt ihr, welche deutschen Konzerne tragen am meisten zur Klimakrise bei?

Platz 1 ist vielen hier wahrscheinlich bekannt: RWE. Wir denken dabei an Lützi und dessen Räumung im Januar. Dagegen ist Platz 2 der klimaschädlichsten DAX-Konzerne weit weniger bekannt: Heidelberg Materials.

Denn auch die kürzliche Namensänderung von HeidelbergCement zu Heidelberg Materials oder die schöne grüne Website kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kerngeschäft des Konzerns weiterhin in der Herstellung von extrem klimaschädlichem Zement besteht. Heidelberg Materials ist einer der größten Player in einer Branche, die weltweit drei Mal mehr CO<sub>2</sub> ausstößt, als der gesamte Flugverkehr.

Was wir bräuchten wäre daher eine echte Bauwende: Weniger Zement, alternative Werkstoffe, betonsparendes Bauen, bessere Planung und viel mehr Sanierung. Doch als börsennotierter Zementhersteller hat Heidelberg Materials kein Interesse an weniger Zement oder einer Bauwende, sondern an maximalen Profiten für seine Anteilseigner\*innen. Daher fordern wir auch die Anteilseigner\*innen auf den Klimaschutz an allererste Stelle der Prioritätenliste zu stellen, auch wenn dafür auf maximale Gewinne verzichtet werden muss. Der Konzern setzt bei seiner Strategie zur Klimaneutralität sehr auf CarbonCapture, allerdings benötigt diese Technologie viel Strom, der selbst noch lange nicht klimaneutral ist, und es fehlt noch an Skalierbarkeit. Weniger als 1% des gesamten Ausstoßes kann so kompensiert werden, diese Strategie bleibt ungenügend.

Hier kommen heute Aktionär:innen, also Anteilseigner:innen des Unternehmens zusammen. Ihnen gehört das Unternehmen und sie entscheiden deshalb maßgeblich darüber, welchen Weg Heidelberg Materials in Zukunft gehen wird. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit können sie heute dem Vorstand Fragen zur Entwicklung und Führung des Unternehmens im letzten Geschäftsjahr stellen. Anschließend wird über Unternehmensstrategien für das kommende Jahr abgestimmt. Hier und heute werden also die Entscheidungen getroffen, auf deren Grundlage Heidelberg Materials weltweit enormen Schaden anrichtet. Mit katastrophalen Folgen für Klima und Menschen.

Denn neben seinem enormen CO<sub>2</sub>-Ausstoß begeht Heidelberg Materials weltweit zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Der Konzern ist international durch zahlreiche Tochterfirmen vertreten, die ohne Rücksicht auf Verluste Rohstoffe abbauen.

Bei diesen Verlusten handelt es sich auch um Menschenrechtsverletzungen, wie in der Westsahara.

Auf den UN-Karten der verbleibenden Hoheitsgebiete ohne Selbstregulierung bleibt eine Frage ungelöst: Das der Westsahara. Das Königreich Marokko besetzt einen großen Teil und verhindert den Abschluss des Demokratisierungsprozesses. Und Heidelberg Materials steckt auch mit drin. Aber nur versteckt und natürlich nicht rechtlich angreifbar.

Zwei Zementwerke werden von HDMs Tochtergesellschaft Ciments du Maroc, kurz "CIMAR" betrieben. Genehmigungen dafür gab es vom marokkanischen Staat. Der sieht sich nämlich als zuständige Behörde, ebenso wie das Unternehmen CIMAR.

Der Europäische Gerichtshof hat bereits vier mal klargemacht, dass Marokko insouverän handelt. Trotzdem will CIMAR lieber mal abwarten, ob der Gerichtshof nach der aktuellen 5. Berufung seine Meinung noch ändert, so lange wird weiter business as usual betrieben.

In Indonesien besitzt Heidelberg Materials die Firma Indocement, die selbst wiederum mehrere Tochterfirmen betreibt.

Betroffene fordern hier:

- Eine unabhängige Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung
- die Menschenrechte aller betroffenen Gemeinden zu respektieren, einschließlich des Rechts der Zustimmung der indigenen Bevölkerung zum Projekt

- sämtliche Vorkehrungen, dass die betroffenen Gemeinden keine Repressalien zu erwarten haben, für die Einreichung der Beschwerden.

(Allein) Diese Forderungen zeigen, wie das Unternehmen mit der Bevölkerung und der Umwelt vor Ort umgeht.

Und es geht weiter: Im Togo arbeitet Heidelberg Materials mit der diktatorischen Regierung zusammen und vereinbart Deals. So kann Heidelberg Materials beispielsweise Arbeits- und Sozialstandards durch Tricks umgehen, sodass Angestellte oft keine Sozialverträge haben oder unter Mindestlohn verdienen. 50 Cent Tageslohn stehen einem Jahresumsatz von 21,1 Milliarden Euro entgegen. Außerdem muss sich das Unternehmen so nicht um die Schadstoffe und Umweltzerstörung kümmern, die es hinterlässt. Dass die Bevölkerung seit Jahren gegen diese Diktatur protestiert, aber unterdrückt und bedroht wird, interessiert den Konzern nicht.

Auch im Westjordanland werden Menschenrechte von Heidelberg Materials wissentlich übergangen: Das Westjordanland ist von Israel besetzt, gehört aber zu Palästina. Eigentlich hätten also die Palästinenser\*innen das Recht auf die Bodenschätze. Die abgebauten Ressourcen im Steinbruch Rahal Naba werden aber nach Israel gebracht und einige gingen in Form von Beton auch schon an illegale israelische Siedlungsprojekte. Der Steinbruch gehört Hanson Israel, einem Tochterunternehmen von Heidelberg Materials, es betrieb ihn seit 2007 völkerrechtswidrig. Heidelberg Materials rechtfertigte sich, dass sie "nur ein bisschen" abbauen und dass das auch "der einheimischen Bevölkerung zugute komme".

Der alte Teil des Steinbruches ist mittlerweile leer. Unter öffentlichem Druck gab Hanson 2019 bekannt, dass sie nach einem Käufer suchen. Der Kaufvertrag ist zwar unterschrieben, aber an die Bedingung geknüpft, dass der Steinbruch erweitert werden darf. Es hat also nicht gereicht, völkerrechtswidrig abzubauen und dadurch Gewinn zu erzielen, nun müssen die natürlichen Ressourcen noch gewinnbringend verkauft werden, egal ob dann weiter illegales Geschäft betrieben wird, oder nicht.

Der Konzern, der von all diesen Praktiken profitiert, sitzt hier in Heidelberg!  
Von Heidelberg Materials fordern wir sofort aufzuhören mit allen Praktiken, die  
direkt oder indirekt Menschen- oder Völkerrecht verletzen und dass mit allen  
Mitteln an der Emissionsreduktion gearbeitet wird - auch wenn das weniger Profit  
bedeutet. Von der Politik fordern wir Maßnahmen, die dem Konzern klare  
Grenzen setzen, auch in Bezug auf seine Tochterunternehmen.  
Doch solange weder im Konzern, noch in der Politik genug passiert, werden wir  
weiterhin hier sein, laut sein und Druck ausüben.